



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Cansin Köktürk
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 8. Oktober 2025

BETREFF **Ihre Frage 62 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages am 08.10.2025**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die von Ihnen gestellte Frage übersende ich die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Daniela Ludwig

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Fragestunde im Deutschen Bundestag am 8. Oktober 2025

Frage 62 der Abgeordneten Cansin Köktürk

Frage

*Plant die Bundesregierung, wie von Carsten Linnemann angekündigt (www.stern.de/news/linnemann-fordert-schaerfere-eu-regeln-zu-freizuegigkeit-fuerarbeitnehmer-36069936.html), eine gesetzliche Einschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer*innen aus Ländern der Europäischen Union, und falls ja, wie ist das der Rechtsauffassung der Bundesregierung nach vereinbar mit der Richtlinie 2004/38/EG (Freizügigkeitsrichtlinie), die 2004 vom EU-Parlament für alle Mitgliedsstaaten beschlossen wurde?*

Antwort

Eine gesetzliche Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Unionsbürger ist derzeit nicht geplant. Unabhängig davon setzt sich die Bundesregierung wie ausdrücklich im Koalitionsvertrag vereinbart dafür ein, Anreize zur Einwanderung in die Sozialsysteme zu deutlich reduzieren und groß angelegten Sozialleistungsmissbrauch zu beenden. Dazu zählen auch eine strenge Prüfung der Freizügigkeitsberechtigung, vor allem die Bekämpfung von Rechtsmissbrauch, und das Aufdecken von Scheinarbeitsverhältnissen, die Bekämpfung unangemeldeter Beschäftigung sowie ein besserer Datenaustausch der Behörden.